

Sächsische Volkszeitung

Brillant 10 Pf. zuath., mit Aufdruck der Zeitung u. Ketttag
Wagnerschein: 1. Kl. 1 Kr. 50 Pf., 2. Kl. 1 Kr. 55 Pf. ohne
Befreiung. Bei all. and. Bahnlinien u. Postkursen 1 Kr. 50 Pf.
Gesamtkosten: 11.— 14 Uhr

Unabhängiges Tageblatt! Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Zulassung werden die Fahrkarten, Tantiemen- oder deren Raum mit
15 J. Beleidem 50 J. die Zelle, bestreut. 3. Wiederhol. bedeut. Kosten
Gebühren, Reaktion und Geschäftsführer: Dresden
Gärtnerstraße 48. — Berichterst.: 1906.

S. Maifeier nachwohnen!

Der ganze „Segen“ sozialdemokratischer Demonstrationslust und Kunst hat sich wieder bei der diesjährigen Maifeier geöffnet. Gegenüber der auf dem vorjährigen Kölner Gewerkschaftskongress zur Schau getragenen „Verwösserungs-politik“ ängstlicher Massenmenschen in den Gewerkschaften sollte die diesjährige Maifeier nach der Absicht der sozialdemokratischen Parteifunktionäre und Presse wieder einmal eine glänzende Dokumentation echt sozialdemokratischer Gesinnung sein. Zu diesem Zwecke mußte mit besonders großen Zahlen paradiert werden, mit möglichst hohen Beteiligungsziffern an den örtlichen Maifeiern. In diesem Sinne war auch die sozialdemokratische Presse in der Bearbeitung der Köpfe der „Genossen“ tätig, und die „Genossen“ führten verlegen sich darauf, etwaige noch vorhandene Furcht und Bedenken zu zerstreuen. Ging es mit der Wahrheit allein nicht, weshalb denn nicht den Schwindel zu Hilfe nehmen? Die Hauptsache war doch: Wenn nur die Feier für den Tag klappte!

Auf diese Art „klappte“ sie zum Beispiel in Nürnberg. Die Belegschaft der großen Siemens-Schuckertwerke hatte um Freigabe des 1. Mai nachgefragt. Die Direktion sagte nein und drohte durch Anschlag mit Entlassung. Das brachte Mutlosigkeit in die Kreise der „Genossen“ und gefährte die „würdige“ Demonstration aufs schwerste. Die Partei hatte zehn große Versammlungen für den Vormittag einberufen. Was tun? Eine Kommission wird zur Betriebsverwaltung geschickt und bittet um Zurücknahme der Drohung. Diese beharrt auf ihrem Standpunkte. Jetzt wurde das Gerücht verbreitet, die Verwaltung hätte nachgegeben, der 1. Mai wäre frei. Vor den Fabriktooren sammelten sich die „eisigen Genossen“ und kommandierten „Heute — Marsch!“ Alle Befürchtungen waren zerstreut — 45 Prozent der Belegschaft feierten — und erhielten die Entlassung. Was tut's auch, wenn Tausende in Notlage versetzt wurden? Die Maifeier gelang, das genügt!

Noch charakteristischer ist ein Fall aus Berlin, der in der Presse schon kurz erwähnt wurde und hier im Zusammenhang noch einmal mitgeteilt sei. Dort hatte die Belegschaft der Allgemeinen Elektricitätsgeellschaft Brunnenstraße mit Majorität (4000 von 6000) für die Arbeitsruhe gestimmt. Der Rest sollte sich diesem Votum unterwerfen und ebenfalls feiern. Am 1. Mai feierten nicht nur die leichten 2000 nicht, sondern von den 4000, die für gestimmt hatten, gingen noch 2500 ruhig zur Arbeit. Die Folge davon war, daß die 1500 Feiernden ausgesperrt wurden. Darob großes Geschimpf gegen die „Treulosen“, die „Verräter“, die sonst und sonders zu den „guten Berliner Genossen“ gehörten. Sie waren alle wortbrüchig geworden, weil sie anfangs der Meinung waren, es gäbe vom Metallarbeiterverband Unterstützung bei etwaiger Aussperrung. Ihr Idealismus wurde zu Wasser, als sie erfuhren, daß dem nicht so sei. Aber sie waren zu feige, um das in den Versammlungen zu sagen und gingen am 1. Mai einfach zur Arbeit. Die 1500 blieben nun für sie. Und mit solchen Leuten will die Sozialdemokratie Massenstreiks inszenieren, gegebenenfalls Barricaden bauen?! Der Idealismus steht und fällt mit dem Brotsack — auch bei den Berliner Sozialdemokraten.

Nun noch ein dritter Fall! Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Buchbindereien hatten ebenfalls den 1. Mai frei verlangt. Der Verband Berliner Buchbinderei bisher lehnte das auf immer ab und möchte darauf aufmerksam, daß er das Nichterscheinen am 1. Mai als Kontrabuch ansieht und die in dem Gewerbe bestehende Tariffrage als aufgelöst betrachten würde. Die Arbeitgeber feierten trotzdem, und die Arbeitgeber zogen die Konsequenzen. 1100 sind seit dem 2. Mai ausgesperrt, die Arbeitgeber fühlen sich an den fünfjährigen Vertrag nicht mehr gebunden.

Das sind die Früchte des diesjährigen Maifeiertages, die Nachwohnen, unter denen nun die von den sozialdemokratischen Phrasen betörten und teilweise von den eigenen Genossen hintergangenen und schmälerlich im Stich gelassenen sozialdemokratischen Arbeitern zu leiden haben! Und was noch bedauerlicher ist, Vorommunisten wie bei den Buchbindern sind Wasser auf die Mühle der Gegner der Tarifverträge. Für diese „Erfolge“ mögen sich die Arbeitgeber bei der Sozialdemokratie bedanken!

Leipziger Brief.

Leipzig, 20. Mai 1906.

Am 17. Mai lief der Termin für die Angebote auf die Bacht unserer beiden städtischen Theater ab. Es sollen eine Menge Angebote eingegangen sein, aber kaum eins dürfte sich darunter befinden, das, abgesehen von dem des jeweiligen städtischen Schauspieldirektors Völlner, Anspruch darauf machen könnte, ernst genommen zu werden. So wenigstens behaupten Leute, die es zu wissen vorgeben. Und so wird es diesmal auch wirklich sein, denn es dürften sich in Deutschland und „angrenzenden Gebieten“ nicht gerade viel Theaterdirektoren, Dramaturgen, Schriftsteller oder Regisseure finden, die über ein Kapital von annähernd einer halben Million, das zur Übernahme unserer städtischen Bühnen nötig ist, verfügen. Man könnte dagegen einwenden, daß es in der heutigen Zeit der Gründungen und Gewaltgeschäfte ein leichtes sein müsse, ein Konzert mit der er-

forderlichen Summe zusammenzubringen. Das wäre auch richtig, wenn es sich um Berlin handele. Aber Leipzig ist nicht Berlin mit seinem ständigen großen Fremdenzufluss, ein Leipziger Theaterdirektor kommt auch bei den glänzendsten Leistungen über ein gewisses Maximum von Besuchern und Einnahmen nicht hinaus, und dieses Maximum ist nicht so bedeutend, daß es die Investierung auch von einer halben Million besonders ratsam und glücklich erscheinen lassen könnte. So wird also der Rat unserer Stadt, der diesmal ja nur über die Personenfrage, also ohne die Stadtverordneten, zu entscheiden hat, wohl oder übel die städtischen Theater bis zum 30. Juni 1914 Herrn Völlner überlassen müssen, der in das Theater bereits eine Viertelmillion eingesteckt hat und noch weitere reiche Mittel besitzt.

Und der Leipziger Rat und die Stadt selbst werden bei dieser Lösung der Theaterfrage nicht einmal schlecht fahren. Für das Schauspiel zeigt der jetzt begonnene Anzugsergebnis recht deutlich, welch guter Röns an Schauspielerfräßen an unserem Stadtttheater vorhanden und wie ernst, bitter ernst man bestrebt ist, mit seinem Pfunde zu wuchern und künstlerisch abgerundete Vorstellungen zu bieten. Wer die Aufführung des „Meineldauern“ mit Wilhelm Walter in der Titelrolle und Anna Rosowska als Bruni gesehen hat, wird zugeben müssen, daß uns da Leistungen geboten wurden, wie man sie in Berlin oder Wien auch nicht besser bieten kann. Gründlich reformiert werden muß allerdings die Oper, und hier wird die Arbeit einzusehen haben, die des vom neuen Theaterdirektor einzulegenden neuen Opernregisseurs harrt. Aber was im Schauspiel möglich ist, wird auch in der Oper geleistet werden können, und wir sind überzeugt, daß Direktor Völlner, wenn er gewählt wird, alles daransetzen wird, um auch hier eine Wandlung zum Besseren, wenn möglich zum Besten, zu schaffen.

Das Leipziger Schauspielhaus bringt am Ende der Saison einen Klassikerzyklus. Er erfreut sich aber lange nicht des starken Begehres, wie der Anzugsergebnis im Stadtttheater, und wenn jemand noch daran gezwiegt hätte, daß die Hartmannsche Bühne zurückgeht, so müßten ihm diese Klassikervorstellungen davon überzeugen. Ein paar Kräfte sind ja noch im Schauspielhaus vorhanden, deren Leistungen auch höheren Ansprüchen genügen, aber das sind nur wenige, und was hinter ihnen kommt, ist durchaus minderwertiges Material. Anton Hartmann selbst, der sich so gern auf der Bühne zeigt, mutet uns schon an, wie ein völlig „unmoderner“ Mime, und er töte wahrlich besser, sich um die Gebug seiner Bühne zu kümmern, als dem Publikum, das mit ihm nachsichtig bis zum Mittwoch ist, einen Carlos, Mortimer usw. bieten. Schon die nächste Saison wird darüber entscheiden, ob Direktor Hartmann im Stande ist, der scharfen und immer scharfer werdenden Konkurrenz des Stadtttheaters die Spalte zu bieten. Kann er es in der nächsten Saison nicht, dann dürfte das Schicksal des Schauspielhauses besiegt sein. Mit Ablauf der jetzigen Spielzeit verlassen fast alle einigermaßen hervorragenden Mitglieder die Bühne in der Sophienstraße. Wenn da nicht für vollwertigen Erfolg gesorgt wird, wird das Hartmannsche Schauspielhaus, das unter so glänzenden Auspizien begann und dann langsam fiel, rapid zu einer Vorstadtbühne herabsinken. Sollte das Schauspielhaus und das mit ihm verknüpfte Theater am Thomasring jetzt nicht in der Detektivkomödie „Sherlock Holmes“ ein Stück, das trog seiner literarischen Unbedeutung, volle Häuser macht, so wäre es um die Einnahme sehr schwach bestellt. Ob die Operette, die mit nächster Saison am Thomasringtheater beginnen wird, einigermaßen hervorragend ist, kann ich nicht sagen, und die Kassen füllen wird, bleibt abzuwarten.

Ziemlich langlos, das heißt von der Presse wenig beachtet, ist hier vor einiger Zeit ein Strafprozeß beendet worden, der gewissen Kreisen recht empfindlich auf die Einnungsorgane gefallen sein mag. Diesmal handelt es sich um ein ziemlich bedeutendes evangelisches Kirchenlicht, einen Kanzleiscretär vom Reichsgericht Ramens Horn, der über eines auf 140 000 Mark berechneten Haushaltstückes im Osten unserer Stadt, ein kräftiges Mitglied des Hausbesitzervereins, außerdem Kirchenvorstandsmittel und Rechnungsführer der Trinitatiskirche und Mitglied des dieser Gemeinde angegliederten Vereins für Gemeindepflege war. Außerdem hatte man ihn noch zum Vizevorsitzer der Kinderbewahranstalt und zum Vorsitzer des 49. Armendistrikts ernannt. Und dieser Mann, der über ein jährliches Einkommen von 8000 Mark verfügte, hat den Verein für Gemeindepflege in der Zeit von 1901 bis 1903 um rund 275 Mark betrogen, indem er in den Büchern Rätsuren mache und Belege, die schon geprüft waren, in den Daten so veränderte, daß sie für das neue Quartal wieder als neue vorlegte werden konnten. Lehnlich machte er es mit Quittungen. Da der ziemlich allmächtige Herr Horn aber Feinde hatte, so gab es eines Tages eine anonyme Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, die darauf anbeissen mußte. Und der Rest war: Herr Horn wurde wegen Urkundenfälschung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. „Eine gebohrte Ordnungslüde“ nennt die „Leipziger Volkszeitig.“ diesen Ehrenmann, und sie hat so unrecht nicht.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 107. Sitzung am 19. Mai 1906.

Kehraus der Steuern im Reichstage! Die heutige Sitzung des Reichstages begann um 11 Uhr; ein Beweis, daß Ferienlust bereits im Parlamente herrscht! Und es wurde tüchtig gearbeitet. Der Frachtbriefstempel, die Fahr-

karten-, Automobil-, Tantiemen- und Erbschaftsteuer wurden im wesentlichen unverändert angenommen, ebenso das Mantelgesetz. Geändert wurde nur, daß Schülerkarten von der Fahrkartensteuer befreit bleiben und daß Erbschaften und Schenkungen für kirchliche und gemeinnützige Zwecke nicht der erhöhten Erbschaftsteuer unterliegen. Am Schlusse ging es bei der Fahrkartensteuer dem Abgeordneten Haumann (Vpt.), der eine „Schöne Rede“ hielt, aber gewaltig abfiel, von mehreren Rednern mußte er sich jagen lassen, daß es besser sei, mitzuarbeiten und in zweiter Lesung Anträge zu stellen, statt in dritter Lesung umzutreden. Staatssekretär Freiherr von Stengel, der heute den größten Erfolg erzielt hatte und persönlich die Glückwünsche der Abgeordneten hätte entgegennehmen können, war leider leicht erschöpft. Die gesamte Reichsfinanzreform fand mit 149 gegen 95 Stimmen Annahme. Das Flottengesetz wurde ohne Debatte in dritter Lesung angenommen. Montag wird das Militärpensionsgesetz beraten.

Der Verlauf der Sitzung war folgender:

Auf der Tagesordnung steht die Verarbeitung der Reichssteuergesetz. Das Dass berät zuerst die Stempelabgabe auf Frachtbriefkunden, wozu Dr. Seumer (natl.) einen redaktionellen Abänderungsantrag stellt. — Abg. Lipinski (Soz.) und Abg. Hoffmeister (Frei. Berg.) sprechen sich dagegen aus. — Nach langer Debatte stimmt der Abg. Dr. Spahn (Cent.) die Steuer mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Fahrkartensteuer. Abg. Graf Ranis (Lith.) tritt für die Steuer ein. — Abg. Eichhoff (Frei. Berg.) stellt den Antrag auf Steuerfreiheit der Schülerkarten. — Abg. Dr. Spahn (Cent.): Auf diesen Antrag werden wir eingehen. Gewiß hat die Fahrkartensteuer etwas Übles an sich, sie willt auch die Kaufleute härter an, für andere Kreise. Aber sie ist nicht zu entheben, wenn diese Steuer fällt, fällt die Reichsfinanzreform. Ein großer Teil der Steuer wird durch die Auslandsteuer bezahlt, die durch Deutschland reisen. Auf den Kopf der Bevölkerung kommt nur wenig von dieser Steuer. — Abg. Westermann (natl.): Wir haben uns vor schwer entlasten für die Steuer einzusetzen, aber nach Abzehrung der Frachtbriefsteuer die Güldner- und Quittungssteuer machen wir für den Ausfall von 85 Mill. Mark Sorge tragen. Sollte diese Steuer zu sehr großen Hächten führen, so könnte und der Landrat ja vielleicht später diese Steuer in anderer Form vorlegen und dazu eine Tabaksteuer, die die Mehrheit finden könnte. — Abg. Voßmann (natl.): Wir haben uns vor schwer entlasten für die Steuer einzusetzen, aber nach Abzehrung der Frachtbriefsteuer die Güldner- und Quittungssteuer machen wir für den Ausfall von 85 Mill. Mark Sorge tragen. Sollte diese Steuer zu sehr großen Hächten führen, so könnte und der Landrat ja vielleicht später diese Steuer in anderer Form vorlegen und dazu eine Tabaksteuer, die die Mehrheit finden könnte. — Abg. Voßmann (natl.): Wir haben uns vor schwer entlasten für die Steuer. — Abg. Voßmann (Soz.): Die Wirkung der Fahrkartensteuer wird für uns am meisten Propaganda machen, da sie jeden Tag jeden Reisenden ärgert. Das deutsche Volk und die Mehrheit des Hauses wird an den Tag denken, an welchem die Steuer bestimmt wurde. (Abg. Linsl.): — Finanzminister v. Rheinbaben: Im inläufigen Verleben wird stets der Stempel mit dem Fahrpreis in einer Summe erhoben werden, nur im ausländischen Verleben wird für den Übergang eine getrennte Erhebung sich nicht vermeiden lassen. — Abg. Samy (Reichsp.): Stimmt a. S. Ostpreuße für die Steuer. — Abg. Voßmann (Soz.): Die Wirkung der Fahrkartensteuer wird für uns am meisten Propaganda machen, da sie jeden Tag jeden Reisenden ärgert. Das deutsche Volk und die Mehrheit des Hauses wird an den Tag denken, an welchem die Steuer bestimmt wurde. (Abg. Linsl.): — Finanzminister v. Rheinbaben: Österreich und Preußen haben sehr hohe Fahrkartensteuer. (Abg. Linsl.): Wer keine Verantwortung wie die Linke hat, kann sehr leicht die Steuer ablehnen. (Schr. richtig!) Wer aber für das Reiseleben des Reiches eintreten will, der forgt für Annahme der Reichsfinanzreform. (Abg. Seiff.): Das allgemeine Wohl des Vaterlandes steht über allen Sonderbedenken. (Sturmlicher Weißfall.): — Abg. Dr. Wolff (Wirt. Berg.): Wenn wir diese Steuer ablehnen, so haben wir auch das allgemeine Wohl in Auge. Wir Süddeutschen haben keine 4. Klasse. Deshalb muß dort alles die Steuer bezahlen. Müßt man die 4. Klasse ein, so trifft eine Flucht aus den höheren Klassen in die niedrigeren Klassen ein. Wir kommen gegen die Steuer. — Abg. Hauchmann (Wollsp.): Hübet breit aus, daß er vom Süddeutschen Standpunkt aus gegen die Steuer ist, da sie in Süddeutschland eine Abwanderung in niedrigere Klassen bewirkt. — Abg. Werner (Cent.): Es ist mir begreiflich, daß Herr Hauchmann so viel geredet hat, er war den ganzen Winter nie hier und hat nur das Gedächtnis, recht lange zu reden. (Schr. richtig!) Eine Abwanderung in niedrigere Klassen kann jenseits in Süddeutschland nicht stattfinden, da dort 90 Proz. aller Reisenden schon in dritter Klasse fahren. Hübet und große Heiterkeit. Die Fahrtkartensteuer ist in der Kommission nur dadurch angenommen worden, daß Graf Mielitzky in der Kommission nicht anwesend war. (Präsident Graf Ballhausen): Es ist Sache des Hauses, nicht Namen zu nennen! Herr Präsident, ich lenne diese Tatsache nicht aus, sondern ich weiß es aus den Zeitungen. (Große Heiterkeit!) Wir stimmen gegen die Steuer, weil sie den Mittelland trifft. — Abg. Sped (Cent.): Wie werden unsere Hallton überall rechtfertigen können, auch in den Städten. Die Reisenden werden trotzdem zu uns kommen, besonders nach Mittwoch. (Schr. gut!) Ja Österreich hat die Fahrkartensteuer keine Veränderung der Einnahmen herbeigeführt. Der Abg. Voßmann hat die falsche Tatsache behauptet, daß die Steuer 15 Mill. einbringt. — Abg. Graf: Wir stimmen für die Steuer, um die Süddeutschen Steuer vor höheren Reisekosten zu schonen. (Weißfall.): — Zur namentlichen Abstimmung wurde nach weiteren Ausführungen die Fahrkartensteuer mit 159 gegen 95 Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen; ebenso die Freilassung der Schülerkarten. Der Reichstag geht über zur Beratung der Automobilsteuer und der Tantiemensteuer; beide Steuern wurden debattefrei angenommen. Hierauf folgt die Beratung der Erbschaftsteuer. — Abg. Bernheim (Soz.): erklärt namens seiner Partei, daß sie für das Gesetz stimmen werde, obgleich die von ihr gestellten Anträge abgelehnt worden seien. Neben § 12, welcher die Steuern regelt, wird namentlich abgestimmt. Von 249 Abgeordneten stimmen 205 für, 42 gegen den Antrag, 2 enthalten sich der Abstimmung. — Abg. Seumer (natl.) begründet den von ihm gestellten Antrag auf schonende Behandlung der mittelständischen Stiftungen und Schenkungen, hinzuweisend, daß Schenkungen für wissenschaftliche, künstlerische und soziale Zwecke seltener gemacht werden, wenn die Besteuerung zu förmlich gestaltet werde. — Abg. Bernheim (Soz.): betont, daß der Vorredner nur von der warmen, nicht von der kalten Hand gesprochen habe. Es sei interessant, daß gerade von nationalliberaler Seite neben der warmen Hand auch die tote beginnigt werden soll. Denn die beabsichtigte schonende Behandlung beziehe sich ja auf alle Arten von Stiftungen und Spenden, also auch auf die katholischen. Die sozialdemokratische Partei reite diefe Belastungen nicht bei, sondern werde gegen solche stimmen. — Abg. Dr. Müller-Meininger (Frei. Berg.): erklärt, daß auch seine Partei gegen den Antrag stimmen werde, da er zu ausgedehnt sei und sich nicht auf wissenschaftliche und künstlerische Stiftungen beziehe. Der Antrag auf steuerliche Begünstigung der katholischen und sonstigen Gebilden wurde gegen die Stimmen der Freiheitlichen und Sozialdemokraten angenommen; mit diesen stimmen die Abgeordneten.